Leitantrag

zum Kreisdelegiertentag der Jungen Union St. Wendel
am 14. November 2015 in Überroth-Niederhofen

Fordern und Fördern -

Flüchtlingspolitik im Sankt Wendeler Land

I. Präambel

Die hohe Anzahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg und Verfolgung aus ihrer Heimat flüchten, stellt Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. Unser Land trägt dabei derzeit im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten einen überproportionalen Anteil. Verlässliche Zahlen, wie viele Flüchtlinge dieses Jahr die Bundesrepublik erreichen werden, sind kaum vorherzusagen. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt deutlich, dass in einem Zeitraum von wenigen Monaten schon mehr Asylsuchende als in den Jahren zuvor ankamen. Diese Entwicklung stellt unsere Politik, unsere Verwaltungen, aber auch die gesamte Gesellschaft vor große Anstrengungen.

Deutschland hat in der Vergangenheit bewiesen, dass es seiner humanitären Verantwortung in besonderer Weise gerecht wird. Es zeigt sich aber auch, dass in Europa nicht jeder Staat dieser Verantwortung nachkommt. Der Kern der europäischen Idee liegt unter anderem darin, in schwierigen Zeiten zusammen zu stehen und Herausforderungen gemeinsam anzunehmen. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass die Verantwortung auf einzelne Staaten, wie beispielsweise Deutschland oder Schweden, überlassen wird. Hier ist eine gesamteuropäische Lösung zwingend erforderlich. Europäische Solidarität sollte nicht allein eine Frage wirtschaftlicher Interessen, sondern auch eine Frage der Menschlichkeit sein. Die Bundesrepublik kommt ihrer Verantwortung in Europa derzeit in außerordentlichem Maße nach. Bereits seit Monaten nehmen sich sowohl Politik als auch Gesellschaft in einem Kraftakt der Flüchtlingsproblematik an. Besonders die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer tragen einen großen Beitrag zum Gelingen dieser

Herausforderung bei. Auch verschiedene Verbände der Jungen Union im Kreis St. Wendel haben mit Willkommensfesten und Veranstaltungen Flüchtlinge im Landkreis begrüßt. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche JU'lerinnen und JU'ler ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Jeder, der vor Krieg und Gewalt flieht, kann sich auf unsere Solidarität verlassen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass unser Wertesystem der Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionsfreiheit uneingeschränkt anerkannt wird. Unser gesellschaftliches Zusammenleben basiert auf dem Grundgesetz. Diese Normen sind für uns als Junge Union nicht verhandelbar. Jeder, der sich diesen Werten nicht anpasst, kann kein Verständnis erwarten. Für die Junge Union St. Wendel gilt: Keine Toleranz gegenüber Intoleranz.

Die momentane Situation erfordert eine realistische, pragmatische Sicht auf die Lage der Dinge. Allzu großes Gutmenschentum hilft genauso wenig weiter, wie Hetze und Panikmache. Europäische Union, Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen.

Auch unser Ziel als Junge Union St. Wendel ist es, dass die Flüchtlingspolitik ein Erfolg wird. Wir sehen unsere Aufgabe jedoch nicht allein im Bewerten der momentanen Lage, sondern wollen auch realistische Lösungsansätze auf Ebene der Kommunen vorschlagen. Es muss unser aller Ziel sein, die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Im Landkreis St. Wendel leben aktuell (Stand 30.11.15 einschließlich der Zuweisungen für November) 1.056 Flüchtlinge – davon in der Gemeinde Freisen 101 Gemeinde Marpingen 114, 94 in der Gemeinde Namborn, Gemeinde Nohfelden 143, in der Gemeinde Nonnweiler 94, Gemeinde Oberthal 69, in der Stadt St. Wendel 273 und 168 in der Gemeinde Tholey. Jeden Monat werden ca. 150 weitere Flüchtlinge aus der Landesaufnahmestelle Lebach in den Kreis verteilt.

Dazu kommen über 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF), die von den Jugendämtern Saarbrücken und Saarlouis im Kreis St. Wendel untergebracht wurden.

Für uns als Junge Union sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration die zügige Registrierung, die dezentrale Unterbringen in den Kommunen, das Erlernen der deutschen Sprache

und die Anerkennung unseres Wertesystems, um somit am Gesellschafts- und Arbeitsleben teilzunehmen zu können.

II. Dezentrale Unterbringung – Leerstände mit Leben füllen

Integration beginnt damit, den Asylbewerbern Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei sehen wir den eingeschlagenen Weg der Landesregierung, die Flüchtlinge dezentral in die Kommunen zu verteilen, als die beste Lösung an. Dezentrale Unterbringung vermeidet Ghettoisierung, fördert die Integration und leistet einen großen Beitrag zur Dorfentwicklung. Das von der Landesregierung ins Leben gerufene Wohnraumprogramm in Höhe von 5 Millionen Euro wurde durch das Innenministerium durch Bedarfszuweisungen von 5 Millionen Euro ergänzt. Wohnungen und Häuser sollen hierbei vorzugsweise von Kommunen erworben und langfristig vermietet werden. Diese stellen den Wohnraum im Sinne der Daseinsvorsorge dann Flüchtlingen und Asylbewerbern zur Verfügung. Wir als Junge Union fordern für die nächsten Jahre diese Förderung zu verlängern und rufen die Bürgermeister in unserem Landkreis auf, sich so aktiv wie bisher um diese Wohnraumsuche zu bemühen. Des Weiteren fordern wir die Wohnungsbaugesellschaften des Landes auf, in Zusammenarbeit mit den Kommunen neuen Wohnraum zu schaffen. So kann es uns gelingen, unsere ländliche Region mit den ansässigen Unternehmen zu stärken und die Leerstände in den Dörfern mit Leben zu füllen.

III. Vermittlung von Werten und Sprache - Schlüssel zur erfolgreichen Integration

Zu der im Saarland hervorragend praktizierten Willkommenskultur gehört es, dass die Neuankömmlinge von Anfang an mit den rechtstaatlichen Spielregeln und europäischen Werten vertraut gemacht werden. Zudem muss auch die Unverhandelbarkeit des Kernbestandes dieser Werte und Regeln deutlich gemacht werden. Viele Menschen, die jetzt zu uns kommen, werden mehr als nur die deutsche Sprache lernen müssen. Dabei muss ihnen der freiheitliche Besitzstand unseres Landes vermittelt werden – und zwar nicht irgendwann, sondern vom ersten Tag an. Deshalb fordert die Junge Union St. Wendel, dass jeder Flüchtling bereits in der

Landesaufnahmestelle einen Willkommensbrief in seiner Muttersprache erhält, der diese Grundnormen des Zusammenlebens nahebringt.

Neben der Anerkennung unserer Werteordnung ist eine weitere wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration das Erlernen der deutschen Sprache. Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, hat die Chance, erfolgreich an Bildung und Arbeit teilzuhaben. Ohne eine gemeinsame Sprache misslingt die Kommunikation und gefährdet ein Zusammenleben. Zentrales Instrument zum Spracherwerb sind die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Diese Kurse (Umfang: 600 Stunden) sind unserer Meinung nach für Asylbewerber und Geduldete mit Bleibeperspektive sofort zu öffnen und die erforderlichen Mittel vom Bund bereitzustellen.

Der Landkreis St. Wendel bietet in Ergänzung zu den oben genannten Integrationskursen noch weitere Sprachmodule an. Diese dienen als Vorkurse für Einsteiger und bieten eine niedrigschwellige Möglichkeit, einen ersten Kontakt zur deutschen Sprache herzustellen. Insgesamt bietet der Landkreis St. Wendel in Zusammenarbeit mit den Trägern derzeit 13 dezentrale Sprachkurse für insgesamt 350 Menschen an. Wir als Junge Union St. Wendel begrüßen diesen Schritt und fordern gleichzeitig die Ausweitung dieser vorbereitenden Sprachkurse. Die entstehenden Kosten sollen vom Land im Rahmen der zugesicherten Hilfen für die saarländischen Kommunen übernommen werden. In unserem Landkreis gibt es viele Ehrenamtliche, vor allem junge angehende Lehrerinnen und Lehrer, die diese Aufgabe gerne übernehmen würden. Wir als Junge Union sehen hierin eine große Chance, die Integration durch dieses umfassende Sprachkursangebot massiv zu verbessern.

Derzeit besteht eine Pflicht für anerkannte Flüchtlinge an der Teilnahme von Integrationskursen des BAMF, die sich aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs zusammensetzen. Innerhalb dieses Orientierungskurses werden das deutsche Grundgesetz und das darauf resultierende Werteverständnis sowie die wichtigsten Normen deutschen Rechts und der Staatsaufbau vermittelt.

Wir als Junge Union wollen auf kommunaler Ebene Ansatzmöglichkeiten hierfür aufzeigen. So fordern wir neben der Schaffung von zusätzlichen Sprachkursen auch das Angebot von Staatskundeunterricht. Die Verknüpfung beider Säulen aus Sprache und Wertevermittlung ermöglicht aus unserer Sicht die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

Unter den Flüchtlingen sind derzeit 150 Kinder unter 6 Jahren, deren Betreuung in einer Krippe oder einem Kindergarten sicherzustellen ist. Jeden Monat kommen im Schnitt 20 Kinder dieser Altersgruppe neu im Landkreis hinzu. Schon jetzt gibt es in einzelnen Gemeinden Engpässe bei der Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen. Ein ausreichendes Platzangebot ist aber nicht nur wichtig, um die Flüchtlingskinder in die Gesellschaft zu integrieren. Es ist auch die Voraussetzung dafür, dass (in der Regel) deren Mütter die Möglichkeit erhalten, an einem Integrationskurs teilnehmen zu können und somit unsere Sprache und Werte vermittelt bekommen können.

Der Landkreis St. Wendel liegt landesweit mit einem Versorgungsgrad von 39% weit vor allen anderen saarländischen Kreisen. Die Kosten für den Ausbau teilen sich Land, Landkreis und Kommunen. Aufgrund des bisher sehr guten Ausbaus fördert das Land zurzeit den weiteren Ausbau im Sankt Wendeler Land nicht mehr, sondern konzentriert sich auf die anderen Landkreise mit geringerem Versorgungsgrad. Somit folgt, dass der Landkreis den Ausbau entweder allein vorfinanzieren oder warten muss, bis alle Plätze belegt sind und erst dann dem neuen Soll nachkommen kann. Der Kreisverband der Jungen Union fordert daher die Bereitstellung der Landesmittel nicht erst bis Erreichung der benötigten Plätze, sondern bereits jetzt, um einem drohenden Stau vorzubeugen.

Eine weitere Herausforderung betrifft das Schulsystem. Von den Flüchtlingen befinden sich einschließlich der „UMF“ fast 300 im schulpflichtigen Alter. Daneben wurde für berufsschulpflichtige Flüchtlinge eine Integrationsklasse mit besonderen Sprachförderangeboten am Berufsbildungszentrum St. Wendel eingerichtet, eine zweite Klasse ist bereits beantragt. Diese Entwicklung macht es notwendig, dass die Schulentwicklungsplanung im Hinblick auf die bereits

vorhandenen und noch zu erwartenden Schülerzahlen angepasst wird und Schulträger (Gemeinden und Kreis) sowie das Bildungsministerium die notwendige sachliche und personelle Infrastruktur bereitstellen.

IV. Patenschaften als Zugang zum gesellschaftlichen Miteinander

In der Praxis wird das Land durch die Arbeit der Hilfsorganisationen und der freiwilligen Helfer bei der Unterbringung und Versorgung der neueinreisenden Flüchtlinge tatkräftig unterstützt. Dies geschieht schon bei der Ankunft in der Landesaufnahmestelle in Lebach und wird ebenfalls bei der dezentralen Unterbringung in den Kommunen weiter fortgeführt. Neben den unzähligen Geld- und Sachspenden aus der Zivilgesellschaft haben sich bereits in den vergangenen Wochen über 500 freiwillige Helfer beim Deutschen Roten Kreuz gemeldet, um direkt vor Ort in der Landesaufnahmestelle zu helfen. Darüber hinaus engagieren sich unzählige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in den Kommunen, um die dezentral untergebrachten Flüchtlinge zu betreuen und schlussendlich in die Gesellschaft zu integrieren. So haben sich in allen Gemeinden des Landkreises Initiativen und Netzwerke hinsichtlich der Betreuung und Integration von Flüchtlingen gebildet, die durch den Landkreis unterstützt werden. Als ein wichtiges Element in puncto Integration sieht die Junge Union St. Wendel die Patenschaften von Bürgern und Flüchtlingen an. Hier wird den Flüchtlingen Orientierung und Betreuung in der für sie fremden Umgebung und Gesellschaft gegeben, wodurch darüber hinaus ein Vertrauensverhältnis zwischen beiden Parteien entsteht. Dies können Informationen über Einrichtungen oder wichtige Versorgungsstrukturen sein oder auch die alltäglichen Gegebenheiten, die für die Flüchtlinge eine neue Situation darstellen. Ebenfalls wird die Sprachkompetenz erheblich gefördert. Auch die Teilhabe an unserem Vereinsleben wird dadurch zugänglicher. Die Möglichkeit der Integrationsarbeit in Vereinen ist ein wichtiger Baustein und wird schon gut genutzt, was auch durch die starke Präsenz der Vereine in den Kommunen möglich gemacht wird. Dies begrüßen wir sehr und appellieren, diesen Weg mit den Flüchtlingen weiter zu verfolgen.

Aktuell gibt es im Landkreis St. Wendel ca. 200 aktive Patenschaften von Ehrenamtlichen mit Flüchtlingen (Stand 30.10.15). Wir als Junge Union St. Wendel sprechen uns dafür aus, die Vernetzung der ehrenamtlichen Strukturen weiter zu fördern und darüber hinaus das Element der Patenschaften weiter fortzuführen und seitens des Landkreises proaktiv zu unterstützen.

V. Integration fordern und fördern – Gemeinnützige Arbeit ermöglichen

Für eine gelungene Integration in die Gesellschaft sind viele Faktoren von Bedeutung. Neben der dezentralen Unterbringung in den Kommunen, die Miteinbeziehung in das Dorfleben, der Vermittlung von Sprachkompetenzen ist die Integration in den Arbeitsmarkt zentraler Baustein einer allumfassenden Integration. Nur so können die geflüchteten Menschen in der Gesellschaft langfristig Fuß fassen.

Daher ist es für die Junge Union St. Wendel von immenser Wichtigkeit, die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und bereits anerkannte Flüchtlinge schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Oftmals gestaltet sich jedoch die zeitnahe Integration in den primären Arbeitsmarkt problematisch. Neben der Vorbereitung der Asylsuchenden auf den primären Arbeitsmarkt ist die Möglichkeit der Übernahme von gemeinnützigen Aufgaben von besonderer Bedeutung. Diesbezüglich sieht das Asylbewerberleistungsgesetz explizit vor, dass Asylbewerber, die sich im laufenden Verfahren befinden, Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern annehmen sollen, sofern die zu leistende Arbeit nicht in diesem Umfang oder zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde. Für diese Arbeitsgelegenheiten wird eine Aufwandentschädigung (zusätzlich zu den Regelleistungen) von 1,05 € pro Stunde ausgezahlt (vergleichbar mit dem damaligen „Ein-Euro-Job“ SGB II). Die Junge Union St.Wendel sieht in diesem Instrument sehr viele positive Effekte. Durch die Arbeitsgelegenheiten werden die deutschen Sprachkenntnisse verbessert und soziale Kontakte mit der Bevölkerung hergestellt. Darüber hinaus wird durch die Aufwandsentschädigung das Gefühl gestärkt, etwas zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen. Ferner erlernen die Asylbewerber die Arbeitsabläufe und haben eine feste Alltagsstruktur.

Für anerkannte Flüchtlinge, die erwerbsfähig sind, greifen die Regelungen des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II / Hartz-IV-Gesetze), in denen die Beschäftigung, in der oben dargestellten Weise (Arbeitsgelegenheiten / „Ein-Euro-Job“) nicht mehr möglich ist. Daher fordert die Junge Union St. Wendel die Rahmenbedingungen zu schaffen, um den anerkannten Flüchtlingen eine zeitnahe Integration in den Arbeitsmarkt auch mithilfe der Arbeitsgelegenheiten zu ermöglichen. Dabei müssen schnellstmöglich die anfallenden Kosten für öffentliche Institutionen bei der Anmeldung der Asylbewerber gesenkt werden. Nur so sehen wir die Chance, dass eine flächendeckende und allumfassende Integration gelingt.

VI. Schluss

Für uns als Junge Union St. Wendel ist klar, dass die derzeitige Flüchtlingsproblematik unser Land vor große Herausforderungen stellt. Wir sind allerdings fest davon überzeugt: Wir schaffen das. Europäische Union, Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen. Ursachen der Flucht müssen bekämpft und die Organisation in Deutschland verbessert werden. Unser Saarland und unser Landkreis leisten in ihren Zuständigkeitsbereichen bisher gute Arbeit. Es gibt viele gute Ideen und Ansätze, dass diese Arbeit noch besser wird. Auf was warten wir also? Fangen wir doch an.

Einstimmig verabschiedet, 14. November 2015